

Satzung
über die Benutzung der gemeindlichen öffentlichen Grünanlagen
(Grünanlagensatzung)

Die Gemeinde Taufkirchen erlässt aufgrund der Art. 23 und 24 Absatz 1 Nr. 1 und Absatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2020 (GVBl. S. 350) folgende Satzung:

§ 1
Gegenstand der Satzung

(1) Grünanlagen im Sinne dieser Satzung sind die von der Gemeinde Taufkirchen (Gemeinde) angelegten und unterhaltenen öffentlichen Grünflächen, insbesondere gärtnerisch gestaltete Park- und Anlagenflächen, Erholungsflächen, Freizeittflächen, Sport- und Spielflächen, Wasserflächen, Uferbereiche sowie Kinderspielplätze. Sie sind öffentliche Einrichtungen der Gemeinde zur allgemeinen unentgeltlichen Benutzung nach Maßgabe dieser Satzung. Grünanlagen im Sinne dieser Satzung sind in der Regel durch entsprechende Beschilderung gekennzeichnete bzw. durch die gärtnerische Anlage als öffentliche Grünanlage erkennbar.

(2) Keine Grünanlagen im Sinne dieser Satzung sind:

- a) Die von der Gemeinde unterhaltenen Hänge, Böschungen, Bankette, Hecken, Sicherheitsstreifen und ähnliche Anlagen, die Bestandteile der öffentlichen Straßen sind. Auf sie finden die zum Schutz der öffentlichen Straßen bestimmten Vorschriften Anwendung.
- b) Grünflächen, welche die Gemeinde unter Ausschluss der Zweckbestimmung des Abs. 1 privatrechtlicher Regelung unterstellt.
- c) Wald im Sinne des bayerischen Waldgesetzes.

§ 2
Verhalten in den Grünanlagen

(1) Wer die Grünanlagen benutzt, hat sich so zu verhalten, dass niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.

(2) Die Benutzung der Grünanlagen erfolgt auf eigene Gefahr.

(3) Den die Grünanlagen nutzenden Personen ist insbesondere untersagt:

1. das Fahren, Schieben, Parken und Abstellen von Kraftfahrzeugen sowie das Radfahren und das Reiten; ausgenommen auf den Anlagenwegen und -flächen, die für den entsprechenden Verkehr freigegeben sind;
2. das Betreten von Zieranlagen und Biotopen;
3. das Besteigen von Bäumen, Bauwerken und sonstigen Einrichtungen;
4. die Ausübung von Sport, soweit dadurch andere gefährdet oder belästigt werden können;
5. das Abweiden, Abmähen und Entfernen von Pflanzen oder Pflanzenteilen;
6. das Freilaufenlassen bzw. das Mitführen von Hunden auf Kinderspielplätzen, Spiel- und Liegewiesen, in Zieranlagen sowie Biotopen, außer auf Wegen in diesen Bereichen, wenn die Hunde an der kurzen Leine geführt werden;
7. das Errichten, Aufstellen, Anbringen und Lagern von Gegenständen, insbesondere das Aufstellen von Zelten und Wohnwagen sowie das Nächtigen in Grünanlagen;

8. der Verkauf von Waren aller Art einschließlich der Abgabe von Speisen und Getränken, das Anbieten gewerblicher Leistungen, die Aufnahme von Bestellungen, das Filmen und Fotografieren zu gewerblichen Zwecken, die Veranstaltung von Vergnügungen und das Abhalten von Versammlungen;
9. die Beschädigung von Grünanlagen und ihrer Bestandteile einschließlich ihrer Einrichtungen sowie das Verunreinigen, insbesondere durch Wegwerfen oder Liegenlassen von Gegenständen sowie Essensresten und die Verunreinigung durch Hundekot.
10. das Errichten von offenen Feuerstellen mit Ausnahme der dafür bestimmten Plätze;
11. der Aufenthalt zum Zwecke des Alkoholgenusses, soweit dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigt werden kann;
12. das Betteln in jeglicher Form;
13. das Füttern von Wasservögeln sowie das Ausbringen jeder Art von Tierfutter;
14. Der Betrieb von Flugmodellen und Drohnen in sowie über den Grünanlagen.

§ 3 Ausnahmeerlaubnis

- (1) Auf Antrag kann in Einzelfällen Befreiung von den Verboten des § 2 Abs. 3 erteilt werden, soweit nicht öffentliche Interessen entgegenstehen, insbesondere eine Gefährdung des Zwecks der Grünanlagen und/oder schädliche Auswirkungen für die Grünanlagen zu befürchten sind. Die Ausnahmeerlaubnis kann für bestimmte Zeit erteilt und sie kann wiederholt verlängert werden. Sie ist nicht vererblich und nur nach vorheriger Zustimmung übertragbar.
- (2) Bei der Erteilung oder Verlängerung einer Ausnahmeerlaubnis sind in den Fällen des § 2 Abs. 3 Nr. 8 neben den Auswirkungen auf den Zweck der Grünanlagen die Zuverlässigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der antragsstellenden Personen sowie die zeitliche Reihenfolge des Eingangs der Anträge angemessen zu berücksichtigen.
- (3) Die Ausnahmeerlaubnis kann jederzeit widerruflich erteilt werden. Sie kann von Bedingungen, insbesondere der Leistung von Sicherheiten, abhängig gemacht und mit Auflagen verbunden werden, wenn dies für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder zum Schutz der Grünanlagen erforderlich ist. Aus Gründen des öffentlichen Wohls können Auflagen auch nachträglich ausgesprochen werden.
- (4) Die Person, der eine Ausnahmeerlaubnis nach § 2 Abs. 3 Nr. 7 und 8 erteilt wurde, ist verpflichtet, Einrichtungen nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erstellen und zu unterhalten.
- (5) Die Ausnahmeerlaubnis kann widerrufen werden,
 1. wenn die Person, der eine Ausnahmeerlaubnis erteilt wurde, eine strafbare Handlung begangen oder in schwerwiegender Weise wiederholt gegen eine Bestimmung dieser Satzung verstoßen hat;
 2. in den Fällen des § 2 Abs. 3 Nr. 8 auch, wenn die Person, der eine Ausnahmeerlaubnis erteilt wurde, ihre Zahlungen eingestellt hat über ihr Vermögen das Konkurs- oder Vergleichsverfahren beantragt worden ist;
 3. wenn die Person, der eine Ausnahmeerlaubnis erteilt wurde, eine Nebenbestimmung nach Abs. 3 nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt.
- (6) Die Ausnahmeerlaubnis auf Zeit kann ferner vorzeitig widerrufen werden, wenn eine Rechtsnorm oder ein unabweisbares öffentliches Interesse den Widerruf fordert.
- (7) Die Ausnahmeerlaubnis ist stets mitzuführen.
- (8) Für die besondere Benutzung der Grünanlagen, die einer Ausnahmebewilligung bedarf, erhebt die Gemeinde Gebühren nach Maßgabe der Kostensatzung.

§ 4 Benutzung von Anlageneinrichtungen und Kfz-Stellplätzen

(1) Für die Benutzung von Anlageneinrichtungen können Benutzungsregelungen aufgestellt werden. Darin können insbesondere festgelegt werden:

1. eine zeitliche Beschränkung der Benutzung;
2. das Verbot des Mitführens von Hunden;
3. die Einschränkung der Benutzungsberechtigung für Spielplätze auf Kinder oder Jugendliche bestimmter Altersgruppen.

(1) Die Kfz-Stellplätze im Bereich der Grünanlagen dienen nur den die Grünanlagen nutzenden Personen auf die Dauer des Anlagenbesuchs. Das Abstellen von Anhängern, Wohnwagen ohne Zugfahrzeuge, Wohnmobilen sowie von nicht zugelassenen und nicht betriebsfähigen Fahrzeugen ist untersagt.

Für die Kfz- Stellflächen können durch Benutzungsregelungen Festlegungen insbesondere über

1. die kostenpflichtige Bewachung;
2. die zeitliche Beschränkung des Parks;
3. den Ausschluss einzelner Fahrzeugarten

getroffen werden.

§ 5 Benutzungssperre

Die Grünanlagen, einzelne Teile oder Einrichtungen derselben können unter Beachtung der Art. 29 ff des Bayer. Naturschutzgesetzes während bestimmter Zeiträume für die allgemeine Benutzung oder für bestimmte Benutzungsformen gesperrt werden; in diesen Fällen ist eine Benutzung nach Maßgabe der Sperre untersagt.

§ 6 Beseitigungspflicht

Wer durch Beschädigung, Verunreinigung oder in sonstiger Weise im Anlagenbereich einen ordnungswidrigen Zustand (§ 10) herbeigeführt, hat diesen ohne Aufforderung unverzüglich auf seine Kosten zu beseitigen. Dies gilt insbesondere für die Beseitigung von Hundekot.

§ 7 Anordnungen für den Einzelfall

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Grünanlagen können Anordnungen für den Einzelfall getroffen werden. Den Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.

§ 8 Platzverweis und Anlagenverbot

- (1) Wer in schwerwiegender Weise wiederholt trotz Mahnung
1. einer Bestimmung dieser Satzung oder einer aufgrund dieser Satzung erlassenen Anordnung zuwiderhandelt,
 2. im Anlagenbereich eine mit Strafe oder mit Geldbuße bedrohte Handlung begeht oder in die Anlagen Gegenstände bringt, die durch eine strafbare Handlung erlangt wurden oder die zur Begehung einer strafbaren Handlung verwendet werden sollen,
 3. gegen die guten Sitten verstößt,

kann unbeschadet der sonstigen Rechtsfolgen vom Platz verwiesen werden. Außerdem kann ihm das Betreten der Anlagen für einen bestimmten Zeitraum untersagt werden.

§ 9 Zuwiderhandlungen

- (1) Wegen einer Ordnungswidrigkeit kann nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich
1. die in § 2 aufgeführten Verhaltensvorschriften nicht befolgt,
 2. die mit einer Ausnahmeerlaubnis verbundenen Nebenbestimmungen nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt (§ 3 Abs. 3), Einrichtungen nicht vorschriftsmäßig erstellt oder unterhält (§ 3 Abs. 4), die Ausnahmeerlaubnis nicht mitführt oder nicht vorzeigt (§ 3 Abs. 7),
 3. einer nach § 4 Abs. 1 oder Abs. 2 getroffenen Benutzungsregelung zuwiderhandelt,
 4. auf Kfz-Stellflächen im Bereich der Grünanlagen unerlaubt parkt oder Fahrzeuge, Anhänger, Wohnwagen und Wohnmobile abstellt (§ 4 Abs. 2),
 5. einer Benutzungssperre nach § 5 zuwiderhandelt,
 6. der Beseitigungspflicht nach § 6 nicht nachkommt,
 7. einer nach § 7 erlassenen Anordnung für den Einzelfall nicht Folge leistet,
 8. einem nach § 8 ausgesprochenen Platzverweis oder Anlagenverbot zuwiderhandelt.

(2) Soweit eine Zuwiderhandlung gegen die Satzung auch gegen andere Bestimmungen verstößt, die dafür Strafe oder Geldbuße vorsehen, finden diese Bestimmungen Anwendung. Die Bestimmungen dieser Satzung über die Nebenfolgen von Zuwiderhandlungen bleiben unberührt.

§ 10 Ersatzvornahme

Wird bei Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieser Satzung ein ordnungswidriger Zustand verursacht, kann dieser nach vorheriger Androhung und nach Ablauf der hierbei gesetzten Frist auf Kosten des Zuwiderhandelnden beseitigt werden.

Einer vorherigen Androhung mit Fristsetzung bedarf es nicht, wenn die Ersatzvornahme zur Verhütung oder Unterbindung einer mit Strafe bedrohten Handlung oder zu Abwehr einer drohenden Gefahr erforderlich ist.

**§ 11
Laufende Verträge**

Soweit bei Inkrafttreten dieser Satzung bürgerlich-rechtliche Verträge über die besondere Benutzung von Flächen im Bereich von Grünanlagen bestehen, finden die §§ 2 und 3 des jeweiligen Vertrages keine Anwendung.

**§ 12
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung über die Benutzung der gemeindlichen öffentlichen Grünanlagen (Grünanlagensatzung) vom 30. Juni 1997 außer Kraft.

Taufkirchen, den 12.04.2021


Ullrich Sander
Erster Bürgermeister

